

KRISTINA VOLKE

Land und Kultur erhalten?

Chancen und Gefahren für Kulturpolitik an Beispielen aus den neuen Ländern

Im Oktober 2015 veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* (Burghardt 2015) einen Bericht über Jamel, ein 37 Einwohner zählendes Dorf im nordwestlichen Mecklenburg-Vorpommern, dessen »Dorfgemeinschaft«, so verkündet es die Überschrift zu einem Wandbild in der Dorfmitte in altdeutscher Schrift, sich den Werten »frei, sozial und national« verpflichtet fühlt und bis auf wenige Ausnahmen sämtlich der *NPD* angehört oder zumindest offen mit ihr sympathisiert.

Das Dorf war nicht immer so. Noch vor wenigen Jahren lebte dort »nur« ein bekennender Neonazi, der allerdings ganz planmäßig daran ging, seinen Wohnort zu einem Vorzeigeort der nationalsozialistischen Szene zu verwandeln. Dabei ging er geradezu verblüffend pragmatisch vor, indem er dafür sorgte, dass leer stehende Häuser – und davon gibt es bekanntlich viele im Osten Deutschlands – nur an Gesinnungsgenossen verkauft wurden. Andere Interessenten wurden systematisch mit Drohungen und tätlichen Angriffen vergrault, mit jedem Wegzug eines »einstigen« Bewohners kam einer, mit dem sich das Klima noch ein wenig mehr verschob. Heute zitiert man die Neonazis damit, dass sie Jamel als »national befreite Zone« betrachten, in der die Regeln und Werte selbst fest- und durchgesetzt werden. Das Dorf rühmt sich einer eigenen, dem Nationalsozialismus entlehnten Kultur, in der Festivals »völkischer Rockmusik«, altgermanisch verbrämte Sonnenwendfeiern, und eine Menge andere für die rechte Szene typische Rituale das Gemeinschaftsleben bestimmen und es zu einem Pilgerort für Neonazis aus ganz Europa machen.

Offenen Widerstand leistet nur ein Künstlerehepaar, das einst von West nach Ost übersiedelte und zunächst davon überzeugt war, dass ein Nazi nicht das ganze Dorf machen könne. Sie irrten sich. Und blieben trotzdem nicht still. Das Ehepaar Lohmeyer, dessen brutale alltägliche Einsamkeit man sich nicht vorstellen mag,

gründete dagegen das Musikfestival »Jamel rockt den Förster«, bei dem inzwischen auch die Toten Hosen auftraten. Sie erhielten zahlreiche Preise für ihr Engagement und werden gern von Politikern aller demokratischen Parteien besucht. Geholfen hat diese Rückendeckung nicht. Die *Süddeutsche* konstatierte deshalb: »In dem Ort zeigt sich besonders deutlich, wie die *NPD* die verlassene Provinz erobern will« und folgt damit dem *Spiegel*, der schon 2011 den Bürgermeister mit den Worten zitierte, er »habe Angst vor einem zweiten, dritten, vierten Jamel.« (Popp 2011: 41)

Jamel ist sicher ein extremes Beispiel für die Entwicklungen in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands, aber kein untypisches. Und es offenbart die Chancen und die Risiken für Kulturpolitik, die, so muss man eingangs gleich klarstellen, in den beschriebenen Prozessen keinerlei Rolle spielte. Aber genau das ist eines der großen Probleme: Kulturpolitik begleitet seit der Wiedervereinigung einen gesellschaftlichen Wandel, wie er umfänglicher und grundsätzlicher kaum zu denken ist, und wurde dabei selbst zum Spielball fundamentaler Umstrukturierungen, sodass sie den gesellschaftlichen Herausforderungen jedoch kaum gewachsen ist.

Anfang als Methode, Wandel als Normalität.

Gesellschaftliche und kulturelle Transformation in den neuen Ländern

25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung kann von Anfang keine Rede mehr sein. Längst hat sich in der Wahrnehmung des geeinten Deutschlands Normalität eingestellt – kaum, dass noch von einer Sonder- oder gar Verliererrolle Ostdeutschlands die Rede ist wie noch vor einigen Jahren, ganz unabhängig von Statistiken über wirtschaftliches Wachstum, Arbeitslosigkeit oder Demografischen Wandel, die ungebrochen davon berichten, dass die neuen Länder mit Ausnahme weniger Städte in fast allen relevanten Aspekten für Wachstum an letzter Stelle stehen. Der enorme gesellschaftliche Umbau, der sich infolgedessen seit mehr als zwei Jahrzehnten vollzieht, kann mit extremer Agglomeration von Wirtschaftsstandorten und damit Arbeitsplätzen in wenigen Großstädten, mit dem Fehlen klein- und mittelständischer Strukturen in den ländlichen Gebieten und in deren Folge mit Abwanderung aus und »Überalterung« (Demografischer Wandel) in diesen, mit dem einhergehenden Verlust staatlicher »Grundversorgung« wie Schulen und Krankenhäusern in ländlichen Regionen und Landstrichen und schließlich mit einem zum Teil dramatischen Rückgang demokratischer Gemeinschaftskultur umrissen werden – einer sich selbst befeuernden Dynamik also, die in jeglicher Hinsicht problematisch und politisch nicht akzeptabel, durch hergebrachte Konzepte jedoch nicht zu beheben ist.

Diese Entwicklungen sind längst auch in einigen Gebieten der alten Bundesrepublik zu beobachten und beschreiben darüber hinaus ein weltweites Phänomen postmoderner Gesellschaften. Ihnen angemessen zu begegnen, ist zwar keine originär kulturpolitische Aufgabe, allerdings berührt sie das Selbstverständnis von Kulturpolitik als Politikfeld mit gesellschaftsgestaltendem Anspruch unmittelbar.

Die Grundlage für dieses Selbstverständnis legten in den 1970er Jahren Kulturpolitiker wie Hilmar Hoffmann und Hermann Glaser, deren Worte sich so aktuell anhören, als stammten sie von heute. Hilmar Hoffmann etwa trat einst sein Amt als Kulturdezernent in Frankfurt am Main mit der Grundsatzüberlegung an: Kultur sei »kein absoluter Wert, der an sich selbst gemessen werden kann, sondern nur an den gesellschaftlichen Entwicklungen, die sie bewirkt oder deren Bedingungen ihre Entfaltung unterworfen ist.« (Hoffmann 2012)

Seinem symbolträchtigen Aufbruch aus einer bildungsbürgerlich orientierten in eine sozial heterogen verankerte, gesellschaftlich nach breiter Wirkung suchende Kulturpolitik führte 1973 zu einem Entwicklungsprogramm des *Deutschen Städte-tages*, in dem postuliert wurde: »In allen Industrieländern stehen heute die Städte vor den gleichen schwierigen Problemen: Der rasche ökonomische und technische Strukturwandel hat tiefgreifende Einwirkungen auf die soziale und städtebauliche Struktur und einen Verlust an Umwelt- und Wohnqualität zur Folge. Die Stadt droht ihre menschlichen Züge und damit die Eigenschaften zu verlieren, die sie einst anziehend und begehrt gemacht hat ... Kultur in der Stadt bedeutet daher, die Kommunikation zu fördern und damit der Vereinzelung entgegenzuwirken, Spielräume zu schaffen und damit ein Gegengewicht gegen die Zwänge des heutigen Lebens zu setzen, die Reflexion herauszufordern und damit bloße Anpassung und oberflächliche Ablenkung zu überwinden.« (Röbke 1973)

Was sich hier noch auf Städte bezieht, kam wenig später auch in den ländlichen Regionen an. Gerade in den 1970er und 1980er Jahren erfuhr die kulturelle Infrastruktur einen Gründungsboom kleiner Initiativen und soziokultureller Zentren, deren Wirkmacht in ihrer strukturellen Kleinteiligkeit bestand. Auch wenn diese Aufbruchzeiten längst der Vergangenheit angehören, die Kulturpolitik der Bundesrepublik ist seitdem nicht mehr anders als ein ressortübergreifendes Politikfeld zu denken, in dem nicht nur die Fragen eines Kulturstaats Deutschland zwischen Tradition und Moderne verhandelt und ausgelotet, sondern in dem Kunst und Kultur als gesellschaftsgestaltende Kraft verstanden werden.

Obwohl die neuen Länder zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ein mindestens ebenso großes Netz an kultureller Infrastruktur besaßen, hatten die strukturellen Wandlungen, die die Kulturpolitik in den neuen Ländern nach 1990 durchlief, um die überlieferten Institutionen in ein föderales Modell zu transferieren, zunächst nur wenig mit dieser Idee zu tun. Geschützt und – Gott sei Dank! – besonders gewürdigt durch Artikel 35 des Einigungsvertrages, ging es zunächst um Neuordnung und Prioritätensetzung in einer an Akteuren und Institutionen reichen aber ungewichteten und zum Teil ideologisch kontaminierten Kulturlandschaft. Vor allem aber ging es wohl um Selbstfindung und -behauptung, um Identität durch Kultur – denn die Wirtschaft konnte es ja von Anfang an nicht sein. Zugleich wissen wir im Rückblick, dass die Neuordnung an vielen Regionen auch einem Kahlschlag gleichkam, der vor allem die ländlichen Gebiete betrifft, in denen heute nur noch ein Bruchteil der Theater, Orchester, Museen und anderen Kulturinstitutionen vorhanden ist. Von kultureller Infrastruktur kann in vielen

Gebieten gar nicht mehr gesprochen werden. Grund ist selbstredend eine anhaltende finanzielle Überforderung der Länder und Kommunen, man muss wohl aber auch vermuten, dass auch eine fehlende Sensibilisierung für den Wert von Kunst und Kultur für die Gemeinschaft, letztlich für unsere Demokratie eine Rolle spielt. Genau das fällt dem Osten nun auf die Füße.

Kleine Hoffnungen, unklare Visionen.

Kulturelle Akteure und kulturpolitische Strukturen

Dabei gehen die Neonazis längst nicht überall so plump vor wie in Jamel. Ganz Mecklenburg-Vorpommern hat ein Problem mit der erstarkenden *NPD*, und es ist damit nicht allein. Kulturpolitisch interessant ist, dass es den Akteuren in einer recht einfachen Doppelstrategie gelingt, die »verbliebene« Bevölkerung zu vereinnahmen: Während sie öffentlich die sich verschlechternden Zustände anprangern, unterbreiten sie gleichzeitig auf zivilgesellschaftlicher Ebene Angebote, die Leerstellen zu füllen. Überall dort, wo öffentliche Infrastruktur und mit ihr soziale und kulturelle Institutionen dem Sparzwang zum Opfer fielen, bauen sie eigene Netzwerke auf. Sie organisieren Hausaufgabenhilfen und Freizeiten für Kinder und Jugendliche, leisten Nachbarschaftshilfe und informelle Rechtsberatung, organisieren Sonnenwendfeiern, Jugendtreffs und Sportwettbewerbe. Sie protestieren gegen die den regierenden Parteien zugeschriebenen Haushaltszwänge und stellen sich gegen die Schließung von Postfilialen, Bahnhöfen, Bibliotheken, gegen den Verfall von Sporthallen und Vereinsheimen und werben in Wahlkämpfen selbst mit Slogans wie »Land und Kultur erhalten«. Bitter daran ist, dass sie genau in die Lücken stoßen, die Politik nicht nur lässt, sondern im Sparzwang der öffentlichen Haushalte erst aufreißt. Dabei muss man gar nicht die *NPD* bemühen, um die Folgen des gesellschaftlichen Wandels darzustellen – andauernde Frustration durch Mangel an Arbeit, Versorgung, Öffentlichkeit und damit so gut wie allem außerhalb des Privaten waren noch nie eine gute Voraussetzung für aufgeklärte und freie Gesellschaften.

Sichtbar wird darin eine Krise der Gesellschaft, wie sie kritischer und gefährlicher nicht sein könnte. Frank Schirrmacher fasste seine Beobachtungen einmal mit dem Satz zusammen: »In einigen Teilen wird Deutschland zu einem Land, in dem Arbeitslosigkeit nur ein kleiner Teil eines schlimmen Schicksals ist. Abwanderung, Alterung und die daraus resultierende wirtschaftliche Depression haben erstaunliche Milieus hervorgebracht, von denen wir jetzt die fast still werkelnde *NPD* profitieren sehen.« (Schirrmacher 2006)

Dabei, und das mag zunächst wie ein Widerspruch zum bereits Geschilderten klingen, ist vom Osten viel zu lernen, und bei weitem nicht nur Negatives. Die neuen Länder sind in 25 Jahren radikalen Umbaus zu einem Labor geworden, in dem der geordnete Rückbau als Dauerzustand und der gesellschaftliche Wandel als Normalität geprobt wird. Längst praktizieren die Länder Konzepte des Stadtrückbaus und der Renaturierung großer Landschaftsgebiete, sie bauen ganze

Landstriche zu Rentnerparadiesen mit schwimmenden Häusern und Rentnerkaufhäusern um, gründen Mehrgenerationenhäuser, um fehlende Familienstrukturen zu ersetzen und eine bessere Akzeptanz zwischen Alt und Jung zu erreichen.

Auch in der Kultur ist dieses »Labor Ostdeutschland« lang gelebte Realität. Die Länder kämpfen mit Entwicklungsplänen und immer neuen Modellen um das Überleben ihrer Institutionen, und nach Jahren der Krise gibt es vielerorts auch Strukturen, die freie Künstler und Projekte gerade außerhalb der Städte strukturell zu stärken versuchen. Nichts davon reicht wirklich aus, und wenn man sich die neuesten Schließungs- und Fusionspläne von Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt vor Augen führt, wird deutlich, dass auch hier ein ständiger Wandel in der politischen Haltung und Willensbildung vorherrscht, der für die Kultur vor allem Unberechenbarkeit bedeutet. Von umso größerer Bedeutung sind deshalb kulturelle Akteure wie das beschriebene Künstlerehepaar aus Jamel, die Kultur trotz oder sogar wegen der Krise selbst initiieren und ebenfalls versuchen, die Leerstellen zu füllen. Es gibt zahlreiche Beispiele, die verdeutlichen, dass es sich bei jenen Initiativen von KünstlerInnen und kulturaffinen BürgerInnen um weit mehr als um die sogenannte Freie Szene handelt. Vielmehr ist ihr künstlerisches Handeln von enormer gesellschaftlicher Bedeutung, weil sie Räume von Interaktion und Kommunikation, von Interessensaushandlung und -auseinandersetzung sind, weil sie positive Selbstwahrnehmung ermöglichen und vor allem, sich für etwas zu engagieren. Dies adäquat politisch zu begleiten, gehört zu den größten Herausforderungen für Kulturpolitik.

Literatur

»Bildung und Kultur als Element der Stadtentwicklung«, in: Rübke, Thomas (Hrsg.) (1993): *Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik. Erklärungen und Dokumente 1972–1992*, Hagen/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag, S. 117–124

Burghardt, Peter (2015): »Im braunen Brennpunkt«, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 229, 6. Oktober 2015

Hoffmann, Hilmar (2012): »Kulturarbeit ist heute praktische Bildungsarbeit. Einführungsrede des neuen Kulturdezementen Hilmar Hoffmann«, in: *Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt am Main*, Nr. 74, 21. November 1970, 433–437,

zitiert nach Hoffmann, Hilmar/Dieter Kramer: »Kultur für alle. Kulturpolitik im sozialen und demokratischen Rechtsstaat«, in: Bockhorst, Hildegard/Reinwand Vanessa-Isabelle/Zacharias, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch Kulturelle Bildung*, München: kopaed, S. 298–304

Popp, Maximilian (2011): *Allein unter Nazis*, in: *Der Spiegel*, Heft 1/2011, S. 41

Schirrmacher, Frank (2006): »Nackte Ängste«, in: *Spiegel online*, Spezial zu den Landtagswahlen, siehe unter: www.spiegel.de/thema/landtagswahlen_26_maerz_2006/ (letzter Zugriff: 11.1.2016)

